

Extra-Ausgabe November 2012

MIETENWAHNSINN STOPPEN! KEINE RENDITE MIT DER MIETE!

Rund 60 Prozent mehr als ihre Vormieter müssen Hamburgs Bürger bezahlen, wenn sie sich in einer neuen Wohnung einquartieren. Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik steigen die Preise so schnell wie hier. Unsere Stadt überholt gerade München als teuerstes Pflaster im ganzen Land. Ungefähr 5400 Hamburger haben keine neue Bleibe gefunden und gleichzeitig ihre alte verloren. Sie sind wohnungslos und müssen in Notunterkünften oder auf der Straße leben – eine Schande für eine solch reiche Stadt wie Hamburg. Denn allein die zehn vermögendsten Familien besitzen 28 Milliarden Euro, das ist mehr als die gesamten Schulden der Hansestadt von 23 Milliarden Euro plus einer Milliarde Euro Zinsen.

Immobilien sind zum beliebten Spekulationsobjekt geworden. Die Mieten in Hamburg steigen nicht nur, weil die Nachfrage zunimmt und das Angebot knapper wird. Die Preise für Grundstücke und Gebäude explodieren auch, weil in der Güterproduktion mehr Kapital erwirtschaftet wird, als wieder profitabel investiert werden kann. Die Kapitalisten suchen für das überschüssige Kapital neue Anlagen und treiben so die Gebäudepreise in die Höhe. Das wird durch die Kapitalflucht

aus den europäischen Krisenländern verstärkt. Eines Tages wird diese Spekulationsblase platzen. Darauf weist - neben den schwindelerregenden Preiserhöhungen - auch der Leerstand von Büro-

stehen nur 100 000 preisgebundene Wohnungen und 170.000 weitere auf dem gleichen Preisniveau gegenüber. Aber: SPD-Bausenatorin Jutta Blankau will jährlich nur 1.200 neue Sozialwohnungen genehmigen. Ein Hohn: In diesem Tempo hätten wären erst in 35 Jahren alle berechtigten Haushalte versorgt.. Gleichzeitig fallen aber tausende Wohneinheiten jährlich aus der Preisbindung heraus. So kann die Wohnungsnot in Hamburg nicht effektiv bekämpft werden.

Doch mit konsequenten Schritten wäre es sehr wohl möglich, die Wohnungsnot in den Griff zu bekommen. Notwendig wäre dazu aber nicht nur eine Verfünfachung des sozialen Wohnungsbaus, sondern auch die Einführung einer sofortigen Mietobergrenze von maximal zehn Prozent über der Vergleichsmiete. Mittelfristig müsste diese Grenze für alle Wohnungen auf das Niveau von Sozialwohnungen zurückgeführt werden. Dies ist aber nur gegen die Interessen der Immobilienspekulanten und gegen die Parteien in der Bürgerschaft durchsetzbar, die der Wohnungsnot nichts entgegensetzen wollen.

Aber der Kampf darum lohnt sich allemal.



gebäuden hin. Der große Knall wird kommen – nur wann ist ungewiss; und auch, ob dann die Mieten ebenfalls fallen.

Denn größter Preistreiber auf dem Hamburger Wohnungsmarkt ist und bleibt das Unterangebot an bezahlbarem Wohnraum. Den 420.000 Haushalten mit Anspruch auf eine Sozialwohnung zu 5,90 Euro pro Quadratmeter



Aufruf zur Demonstration am 10. November
"Schlaflos in Hamburg? Mietenwahnsinn stoppen"
13:00 Uhr: Beginn der Demo am Hachmannplatz



Mietenwahn- sinn stoppen

Olaf Harms

Landesvorsitzender der DKP und Mitglied der Fraktion Die Linke in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

Rund 420.000 Hamburger Haushalte (= 42%) haben so wenig Einkommen, dass sie Anspruch auf eine geförderte Wohnung mit 5,90 €/qm Einstiegsrente haben. Aber nur der kleinste Teil der Anspruchsberechtigten hat die Chance, eine solche Wohnung zu erhalten. Denn es gibt nur noch knapp 100.000 Sozial- und 170.000 andere Wohnungen, deren Miete unter 6,- €/qm liegt.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt trifft insbesondere die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten und die Erwerbslosen, denn der Mietenwahn stellt ja nur die eine Seite der Angriffe auf die Arbeiterklasse dar. Die andere Seite sind die realen Lohnverluste der letzten Jahre, die zunehmend prekäre Arbeit, die fehlenden Mindestlöhne und der jahrzehntelange Sozialabbau. Deshalb wirken sich Mietensteigerungen für die Arbeiterklasse besonders dramatisch aus. Wenn wir uns also heute mit der Wohnungsnot in Hamburg auseinandersetzen, müssen wir ihre Ursachen in dem herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erkennen. Diese Wohnungsnot wird grundsätzlich erst beseitigt werden können, wenn die kapitalistische Profitwirtschaft überwunden ist, wenn Wohnungen nicht mehr zum Erzielen möglichst hohen Profits gebaut werden, sondern zur Befriedigung des Bedürfnisses der arbeitenden Menschen nach einer angemessenen Wohnung in einer schönen und attraktiven Umgebung.

Es lohnt aber auch heute unter den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen für eine Verbesserung der Wohnsituation zu kämpfen. Dafür müssen sich die Betroffenen organisieren und die notwendige politische Kraft entwickeln. Es lohnt sich nicht nur, es ist auch absolut notwendig. Denn eine große Zahl von Menschen in Hamburg steht heute schon mit dem Rücken zur Wand – angesichts wachsender Armut und steigender Mieten.

Volksverdummung

Das Hamburger Abendblatt übt sich am letzten Samstag mal wieder in seiner Lieblingsdisziplin: der Volksverdummung. Auf Seite 1 heißt es: „Beitragsatz soll sinken. Durchschnittsverdiener sparen mehr als 100 Euro.“ Gemeint ist die Herabsetzung des Beitrags zur Rentenversicherung. Sieht man genau hin, dann hat der Lohnempfänger 100 Euro mehr im Portemonnaie und 200 Euro weniger auf seinem Rentenkonto, per Saldo also nicht 100 Euro mehr, sondern 100 Euro weniger. Wie das? Tatsächlich fehlen auf dem Rentenkonto nicht nur die 100 Euro des Versicherten, sondern auch die 100 Euro, die der Unternehmer als „Arbeitgeberbeitrag“ auf das Rentenkonto seines Beschäftigten hätte zahlen müssen. Die hat dieser gespart. Da „Lohnnebenkosten“ Lohnkosten sind, bedeutet die Herabsetzung des Beitrags faktisch eine Lohnkürzung. Die Kapitalisten sind begeistert, die Gewerkschaften sind zu Recht dagegen.

Wie passt im Übrigen die Herabsetzung des Beitrags zur Rentenversicherung zu der sonst beklagten angeblichen Ebbe in den Rentenkassen, die eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und eine permanente Herabsetzung der Rente begründen sollen? Es geht schlicht um die Herabsetzung der Lohnkosten und die Erhöhung des Profits durchgeführt vom Gesetzgeber, der Regierung und den sie tragenden Parteien.

Statt Rentenkürzungen fordern wir Lohn-erhöhungen, die zum einen ein Auskommen mit dem Einkommen und zum anderen ein Leben in Würde auch im Alter sichern.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 gegründet und setzt sich seitdem aktiv für eine bessere Gesellschaft ein. Wir sind ein Teil der Kämpfe der Arbeiterklasse um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Kämpfe der SchülerInnen und Studierenden für mehr Bildung und den freien Zugang zu ihr und der Kämpfe junger Menschen um eine qualifizierte Ausbildung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Mittelpunkt steht und nicht die Profitinteressen der Konzerne.

Wir meinen, diese Gesellschaft kann es nur geben, wenn die aktuellen bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse in Frage gestellt und geändert werden.

Dafür wollen wir kämpfen – kämpfen für eine gerechte Gesellschaft - für den Sozialismus!

www.dkp-hamburg.de